

Wir haben oft noch das Gefühl, daß jede Gruppe von Nationalsozialisten, sei es in dem Parlament und Gemeindeverwaltungen, das tut, was ihr gerade einsällt, ohne daß man über diese einzelnen Gruppen den Sturm der Gesamtleitung, die alles eßern in der Hand hält spürt.

Wir fordern auch mit vollem Recht, daß diese vielen Einzelzettungen der nationalsozialistischen Bewegung in Zukunft wegfallen müssen. Ein Redakteur tritt für den „Angriff“ ein, der andere für den „National-Socialist“, der andere wieder für jene Zeitung, der andere für den „Sächsischen Beobachter“. Eine einheitliche Volksbewegung braucht nur eine einzige Zeitung und das ist der „Völkische Beobachter“. Die einzelnen Länder können schließlich ihre besonderen Interessen, die für das Land wichtig sind, in Beilagen bringen, die in den betreffenden Ländern, dem Hauptblatt, dem „Völkischen Beobachter“, den unter ihrer absoluten Kontrolle stehen muß, aufgeführt werden. Es ist ein Wahnsinn, wenn ein Dutzend Zeitungen im Land unter verschiedenen Namen unter der nationalsozialistischen Flagge segeln. Dadurch werden erst Splittergruppen groß gezogen.

Derner fordern wir, daß nicht nur immer leere Opposition getrieben wird und Oppositionssreden gehalten werden, sondern daß man auch den Mut aufbringt, Anregungen zu geben und Anerkennungen zu stellen, die im Interesse des Gesamtwohles des ganzen Volkes liegen. Allein

dann, daß der Staat durch weitere Maßnahmen der übertriebenen Führer zum reinen Wohlstaat ausgebaut wird, können wir uns niemals befriedigen.

Wir haben kein Verständnis dafür, daß von der Reichstagsfaktion kein Gegenentwurf oder ergänzender Vorschlag gebracht wird z.B. in der Angelegenheit der Arbeitsdienstpflicht. Warum spielt sich die nationalsozialistische Partei gegen eine

Dienstpflicht, die doch erst recht eigentlich im Wesen unseres Programms liegen müßte, ...

Wir, die wir vorläufig noch abseits stehen, aber in unserem innersten Herzen ganz zu Ihnen gehören, und auf Sie als Führer schwören, erwarten nunmehr ein ernstes Eingreifen und eine einheitliche Teilung unter der Parole: „Der Einzelne ist nichts, das Volk ist alles!“

Ich würde mich freuen, wenn meine Darlegungen auch für Sie als unserem Führer von Interesse sein würden.

Mit freundlichem Gruß

Zunächst: Wer schreibt an den Führer der NSDAP einen solchen Brief? Kein Arbeiter, kein kleiner Angestellter, kein Beamter, sondern ein reich begüterter Textilgroßhändler von Dresden. Einer von denen, die im Zwischenhandel fette Geschäfte machen und den ruinierter kleinen Geschäftleuten ebenso das Geld aus der Tasche ziehen wie die großen Konzerne.

Dieser Großhändler ist, wie sein Brief zeigt, wahrschließlich bei der Hitlerpartei. Denn er, wie die kapitalistischen Geldgeber Hitlers, weiß, daß in einer „Gemanimation“, einem faschistischen Deutschland, der Geldsack der Reichen unangetastet bleibt, ja, noch sicherer ist als in der heutigen Hindenburg-Republik. Eine solche Diktatur, ein solches Deutschland, ist schon eine Messe wert, und Herr Holsch läßt es sich was kosten.

Hunderte von Karten für die faschistischen Versammlungen im Zirkus hat er ausgelöst, um alle die Menschen zu „überzeugen“, die noch abseits standen.

Auf diese Weise erschüttern die Arbeiter von einem, der es wissen will, wie Hitler und Källinger ihre Versammlungen fallen und wie das Eintrittsgeld in Höhe von 1 bis 5 RM aufgebracht wird.

Der Brief zeigt aber weiter, welche katastrophale Wirkung der Stach im Hitlerlager in der Öffentlichkeit ausgelöst hat. Wenn Herr Holsch nicht begreifen kann, daß die Faschisten, sagen wir in Thüringen eine solche, in Sachsen eine andere Politik vertreten, so wollen wir seinem begrenzten Aufklärungsvermögen auf die Kehle helfen. Die faschistische Partei hat kein eigenes Programm und macht keine selbständige Politik. Sie ist das Werkzeug der Bourgeoisie und ihre Handlungen passen sich dem Willen ihrer Auftraggeber an.

Während in Thüringen zur Begleichung des Haushalts Nazi-Fritz einfährt, schlägt Hitler in seinem „Münchner Beobachter“ noch lustig gegen die Regierungsteuer los.

Wenn in Sachsen die Nazis ons Ruder füßen und die Einführung der Regierungsteuer hinge von ihren Stimmen ab, so würden sie nicht einen Augenblick zögern, dasselbe wie Herr Fritz zu tun.

Schließlich zeigt der Brief noch, wie ausschließlich die Politik Hitlers durch die Kapitalisten bestimmt wird. Hitlers Aussage an alle radikale Phrasologie, seine legale Einführung der faschistischen Bewegung in den Staatsapparat ist auf das Kommando seiner kapitalistischen Auftraggeber erfolgt. So ungefähr, wie es der Großhändler Holsch formuliert: „Wir fordern, daß Hitler nicht mit der Strafe rechnet; wir fordern, Arbeitsdienstpflicht; wir fordern, daß aus dem kapitalistischen Ausbeuterstaat kein Fürsorgestaat wird.“

„Wir, die Kapitalisten, fordern, Hitler hat zu gehorchen!“ Glaubten die Mittelständler, glaubten die Angestellten und Beamten, glaubten insbesondere die proletarischen Elemente im faschistischen Lager, bei den Hitler und Stroger ihre Interessenvertretung zu finden, bei einer Partei, die sich von den Kapitalisten, den Tochtern der arbeitenden Klasse, aushalten läßt?

Wir behaupten, die Hitler und Co. sind die Agenten der Kapitalisten. Wir werden unsere Behauptungen beweisen in einer von uns am kommenden Donnerstag im Keglerheim einberufenen Massenkundgebung.

Wir laden die Källinger und Genossen in aller Form ein, vor dem Forum der Lessentialität ihr politisches Beträugsspiel zu vertreten. Sie sollen ungehört reden können.

Wir hören Ihnen in Stunde Redezeit zu. Dann möge das Dresdner Proletariat jedoch urteilen, welch schändliche völkische Politik sich hinter dem Namen Hitler verbürgt.

Antifa-Konferenz am Sonntag in Dresden

Bürgercasino, Große Brüdergasse. Beginn 9,30 Uhr.

Tagesordnung:

„Die faschistische Gefahr und unser Kampf gegen den Faschismus.“

Referent Genosse Rudolf Renner

Zur Teilnahme sind berechtigt: Alle Delegierten der Antifaschistischen Abwehrorganisationen, die sich durch Delegationsausweis ausweisen können.

Gstreit gegen Lohnabbau!

Metallarbeiter Sachsen, formiert auch ihr die Streikfront!

Berlin, 12. Juli.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Abteilung Stanzerei von der AGG Brunnstraße traten gestern morgen um 9 Uhr geschlossen in den Streik, um einen Lohnabbau von 25 Prozent abzuwehren.

Erfolgreicher Landarbeiterstreik, wenn RGO führt

Halle, 12. Juli.

Im Torgauer Landarbeiterstreik beginnen die Jungen wie auch die Vongen die Macht der RGO zu spüren. Der reformistische Vong im Landarbeiterverband, Kreisleiter Jenisch, versuchte deshalb, nachdem alle Streikversuche mißlangen, eine neue Methode. Er forderte den Betriebsratsvorsitzenden vom Gate Adelwig und die Betriebsräte vom Gute Richtewig durch Einschreibebrief auf, nach dem Verbandsbüro zu kommen, um ihn „über die Lage des Streiks zu informieren“. Die oppositionellen Verbandsfunktionäre haben ihm, der über Auto und Motorrad verfügt, mitgetragen, wenn er sich informieren wollte, möglicherweise ein Alarmzeichen sein, gegen die Vongen und Lohnräuber da ehrliche Kampffront aller Arbeiter und Angestellten für den Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich und Lohnhöhung zu machen.

Den Jungen ist irgendwie klar geworden, daß weder die Reformisten, noch die Sächsischen Streikbrecher, noch die sozialdemokratische Polizei ihnen helfen können. Sie haben deshalb durch die landwirtschaftliche Hauptgemeinschaft für den Kreis Torgau die gesamten Mitglieder der Streikleitung für heute mittag zur militärischen Verhandlung nach Torgau geladen.

Die streikenden Landarbeiter können daraus die Kraft der revolutionären Streifführung erkennen und werden noch fester im Kampfe stehen.

Neuer Angriff auf die Angestellten Kurzarbeit und Gehaltsabbau

Berlin, 12. Juli. (Elg. Drahtbericht.)

Den Gewerkschaften wurden in einer Sitzung von den Metallindustriellen folgende Vorschläge unterbreitet: Eine Arbeitszeitverkürzung müßte vom 1. August an treten und Gültigkeit bis zum 31. Dezember haben. Einrichtung der Arbeitszeit- und die damit verbundene Einstellung der Gehälter müßte bis zur Höhe von 25 Prozent vom Hundert eintreten. Die Einschränkungen müßten eingetragen werden für den ganzen Betrieb, für einzelne Abteilungen oder für einzelne Angestellte.

Die Ausbeuter werden von Tag zu Tag sterben. Sie tun es sich infolge der Haltung der Gewerkschaftsverbände, ebenso wie der sächsische DMB tapferlos den Unternehmensangriffen auf die Existenz der Arbeiter zwischen, liefern die lädierten Metallarbeiter, die die neueste Meldung in der Welt als, für kommunistische Angriffe gegen die Vongen und Lohnräuber da

* Die Ausbeuter werden von Tag zu Tag sterben. Sie tun es sich infolge der Haltung der Gewerkschaftsverbände, ebenso wie der sächsische DMB tapferlos den Unternehmensangriffen auf die Existenz der Arbeiter zwischen, liefern die lädierten Metallarbeiter, die die neueste Meldung in der Welt als, für kommunistische Angriffe gegen die Vongen und Lohnräuber da ehrliche Kampffront aller Arbeiter und Angestellten für den Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich und Lohnhöhung zu machen.

RGO, die Partei der Nordwestarbeiter

571 Neuintritte während der Streikstage: Von 1. Juli bis 9. Juli sind nach den vorläufigen Meldungen im Rahmen 571 Arbeiter, vorwiegend Streitende, der Kommunistischen Partei beigetreten. Die Neuauftakten verteilen sich auf die einzelnen Unterbezirke wie folgt:

Eisen 160 Bodum 45 Dortmund 73 Oberhausen 44 Redlinghausen 72 Gelsenkirchen 98 Hamm 27 Münster 1 Bielefeld 39 Duisburg 10

Außerdem sind eine ganze Anzahl jugendlicher Arbeiter allein in Gelsenkirchen 50, dem Kommunistischen Jugendverband beigetreten. Im Monat Juni sind 1013 Arbeiter der Partei beigetreten, somit beträgt der Zuwachs in den letzten 5 Wochen 1584.

Beileid der Comjets

Moskau, 10. Juli.

Die Sowjetregierung hat das Außenkommissariat ermächtigt dem deutschen Botschafter das Beileid der Sowjetregierung zum Bergarbeiterunglück bei Neudorf auszusprechen.

Go verhöhnt euch Hitler

„Die Arbeiter haben kein Ideal, nur Sinn für Brot und Spiel“

Dresden, 12. Juli.

Im Sächsischen Beobachter berichtet der herausgeworfene Otto Strasser über seine Aussprache mit Hitler kurz vor der Spaltung. Eine glorifizierte Lektüre für jeden Arbeiter wie überhaupt für jeden Berufstätigen, um über die Führer des „Dritten Reiches“ ein Bild zu erhalten!

„Schön Sie“, fuhr Hitler aus, „die große Macht der Arbeiter will nichts anderes als Brot und Spiel, sie hat kein Verständnis für irgendwelche Ideale und wir werden niemals damit rechnen können, die Arbeiter in erheblichem Maße zu gewinnen.“

„Es gibt überhaupt keine andere Revolution als die rassistische.“

... „Sie haben sich z. B. offen für die sogenannte indische Freiheitsbewegung ausgesprochen. Obwohl es gerade hier offensichtlich ist, daß es sich um eine Rebellion der niederen indischen Rasse gegen die hochwertige englische, nordische Rasse handelt. Die nordische Rasse hat ein Recht darauf, die Welt zu beherrschen ... deshalb kann für uns auch irgendein Zusammengehen mit Rasse Land in Frage kommen.“

Allso, Prolet, Arbeiter, Angestellter! Du gehörst zur „niederen Rasse“, bist nur für Brot und Spiel! Die indischen

Bauern und Arbeiter sind Dung, gehören zur niederen Rasse so, daß die englischen Imperialisten die ausgedrehte Bauern zur Zielscheibe ihrer Maschinengewehre machen.

Jur niederen Rasse gehören vor allen Dingen die russischen Arbeiter und Bauern, die die Kapitalisten zum Tode gejagt haben.

Jur „hochwertigen“ Rasse gehören nach Hitler die kapitalistischen Deutschen, Englands und Amerikas die Plutokratie, die Finanzgewaltigen, die eine ganz Welt in Ketten schmieden, die die Arbeiter und Angestellten ausbeuten die die Bauern und den Mittelstand ruinieren.

Das ist das „Aktionsprogramm“ Hitlers. Über auch die „radikale“ Strasser entlarvt sich. Er schreibt: „Für mich ist Stalin so gleichgültig wie Macdonald.“ Strasser verdecktes Sympathie für Russland entstirbt also nicht seine Sympathie für das von den Kapitalisten besetzte Land, unter machtpolitischen Erwägungen des deutschen Imperialismus.

Sie passen zusammen, die Hitler und Strasser. Sie haben ihre Rollen glänzend vertreten. Wird aber den Proletariern nicht allmählich klar, daß sie in dieser Partei nie mehr zu lachen haben?

Die Anklagerede des Gen. Florin im Reichstag

(Fortschreibung von 1. Seite)

Sie sprechen hier über ein Unglück und schon läuft die Meldung ein, daß in Weißensels bereits wieder Bergarbeiter verunglückt sind. (Hört! hört bei den Komm.) Der Herr Minister stellt sich hierher und spricht davon, daß die „gewenigste“ Not gelindert werden muß. Solche Neuerungen sind wiederholt im Reichstag gefallen. Jedesmal, wenn zu einem Bergarbeiterunglück Stellung genommen wurde. (Sehr wahr! bei den Komm.) Als im Jahre 1908 in Radbod im Raumgebiet das große Bergarbeiterunglück war, elte der „mildtätige“ deutsche Kronprinz hin, um solche Rode vom Stapel zu lassen, wie wir sie gegenwärtig von den Ministern hören. Aber der Kronprinz wurde von den Bergarbeitern ausgepeißt, er wurde von den Frauen davongetragen. Das war die richtige Antwort der Bergarbeiter.

Seit 1871 gibt es in Deutschland ein Strafgejächtbuch, nach dem laut §§ 222 und 321 Unternehmer, die leichtfertig Leben und Gesundheit der Arbeiter aufs Spiel setzen, bestraft werden können. Doch

noch niemals ist ein Bergarbeiterunternehmer bestraft worden. Wir Kommunisten haben im Strafgejächtbuch einen Antrag eingebracht, der verlangt, daß der Arbeiter vor Ausdeutung durch den Unternehmer gelegentlich geschützt werden müsse. Dieser Antrag wurde von allen Parteien abgelehnt.

Der Sozialdemokrat Wendemuth ist mit Absicht nicht auf die Urtheile der Katastrophen eingegangen. Dabei weiß er ganz genau, daß die Betriebsräte schon seit langer Zeit bei der reaktionären Verwaltung der Braude darauf hingewiesen haben, welche großen Gefahren vorhanden sind.

Die Betriebsräte haben gefordert, daß im jetzigen Unglücksfall Vorsichtsmahnmale zu treffen seien.

Wissen Sie das denn nicht, Herr Wendemuth? Oder glauben Sie an Wunder? Wenn man hier in jedem Jahr bei der Bezeichnung der Bergarbeiterunglücke erklärt, man könne die Ursachen nicht finden, so erkläre ich eindeutig:

die Ursachen liegen in dem mörderischen kapitalistischen System, in dem mahlenden Raubbau der Arbeiterschaft.

Ich bin der Meinung, daß bei dem kapitalistischen Rationalisierung, bei dem mahlenden Raubbau der Arbeiterschaft, außer den Sicherheitsmaßnahmen außer Acht gelassen werden müssen. Der Herr Minister Steweward, der heute das heimliche Beileid der Reichsregierung übermittelt, verlangt, daß die Krankenfonds auch noch bezahlt werden müssen, wo bleiben denn da die Sicherheitsmaßnahmen, wenn der Arbeiter solange im Betrieb bleibt, bis er zusammenbricht? Wo sind die Ursachen der vielen Menschenmorde zu suchen?

Einige Ziffern: Während im Jahre 1929 der Reingewinn im Kohlebergbau pro Tonne Kohle 2,23 Mark ausmachte, beträgt er 1930 schon 3,69 Mark. (Hört! hört bei den Komm.) Im Jahre 1913 betrug der Reingewinn der Kohlenbarone im Ruhr-

gebiet 6 Millionen 861 000 Mark. Und jetzt beträgt er die 26 Millionen Mark. (Sturmischer Hör, hört bei den Komm.) Und daher ist die Belegschaftskraftstärke noch beträchtlich. Was nutzen da wohl alle Sicherheitsmaßnahmen?

Auf der einen Seite hohe Profite, auf der anderen Seite Toten.

Die Arbeiter müssen das erkennen. (Sozialdemokratische Partei) „Und in Rußland, gibt es da keine Unglücksfälle?“ Ich sage auch ohne diesen sozialdemokratischen Zwischenruf, daß die Sowjetunion die besten Verteidiger der deutschen kapitalistischen Wirtschaft sind. Aber ich will Ihnen doch eine Antwort darauf geben: Von Rußland wurden 800 deutsche Bergarbeiter angefordert, in den russischen Staatszügen zu arbeiten. Stattdessen 800 haben über 10 000 gemeldet.

Tatsächlich nehmen die Unglücksfälle in Rußland ab, trotz der ungeheuren Erweiterung der Produktion, während sie im kapitalistischen Deutschland zunehmen.

Die Sozialdemokraten und christlichen Gewerkschaftsführer wollen nicht, daß die Schuld der Kapitalisten aufgedrückt wird. Daraum haben sie auch dafür gesorgt, daß Beamte der sozialdemokratischen Behörden nicht Mitglieder der Kommunistischen Partei werden dürfen.

Noch einige Bemerkungen zur Lage im Unglücksfall: Es ist die bürgerliche Presse muß zugeben, daß der Schätzlohn den Bergarbeiter über Markt beträgt, und trotzdem muß er den Lohn noch herabsetzen. Die hinterbliebenen betragen nach dem Reichstag verschärften Knapphaushalte, nämlich im Höchstfalle 50 bis 60 Mark und eine Kinderzulage von 10 Mark.

Wie kommt es, daß die Bergarbeiter im Neuroder Gebiet immer tiefer gedrückt werden in ihrer Lebenslage? Wie kommen die Arbeiterführer und dort? Was hat die preußische Regierung getan? Die Antwort ist leicht: dort, wo sie die Politik des Tugendhaften Arbeiters führen, dort, wo sie die Politik des Tugendhaften Arbeiters durchführen können, da ist auch die Lage der Arbeiter erbarmlich.

Wir Kommunisten haben den Antrag eingebrochen, höchstens 1 Million Mark für die Hinterbliebenen der gemordeten Bergarbeiter zu bewilligen. Wir fordern jetzt die sofortige Auflösung. Die Bergarbeiter müssen die ganze Weitläufigkeit verteidigen des heutigen Proletariats durchdringen. Sie müssen zusammenhelfen, um im Massentambang unter Führung der Kommunistischen Partei das mörderische Proletariat zu zerstören.

Auch Husemann, der reformistische Bergarbeiterführer meldete sich zum Wort, um den Eindruck der Rede des Gen. Florin zu verwischen und um eine Lunge zu brechen für das System, das die Bergarbeiter mordete.

Die Kommunisten riefen ihm zu: „Wer ist denn eigentlich?“ Und Husemann antwortete folgendermaßen: „Ich brauche die Kohle, sie muß daher aus der Erde herausrücken. Dabei wird es immer Tote geben. Es ist das einzige, was wir tun können, ist dafür zu sorgen, daß die Hinterbliebenen der Bergarbeiter nicht zu leiden brauchen.“ Solche Schamloskeiten haben Reformist Husemann angefischt der 156 Toten.

Monat
Jugend
worden
wir
Kinder
wir